

„Angriff auf die Universitäten“

Aufschrei. SPÖ und ÖVP erwägen, das Wissenschaftsministerium einzusparen. Rektorenchef Heinrich Schmidinger fürchtet, dass die Unis und die Forschung dann unter die Räder kommen.

ALEXANDRA PARRAGH

WIEN. SALZBURG (SN). Normalerweise bringt Heinrich Schmidinger nichts so schnell aus der Ruhe, die Politik schon gar nicht. Dazu ist der 59-jährige Theologie- und Philosophieprofessor zu lange im Geschäft. Seit zwölf Jahren leitet er die Paris-Lodron-Universität in Salzburg als Rektor, seit zwei Jahren ist er Präsident der **Österreichischen Universitätenkonferenz**. Am 16. Dezember stellt er sich dort der Wiederwahl.

Doch zurzeit regt sich Schmidinger ziemlich auf. Ihn stört, dass die Universitäten und ihre Anliegen „keinen nennenswerten Stellenwert in diesen Koalitionsverhandlungen haben“. „Wir sind bestenfalls ein Thema von vielen. Dabei hat man uns vor der Wahl zugesagt, dass die Wissenschaft und die Forschung – und hier natürlich ganz besonders die Universitäten – gestärkt und nicht geschwächt werden“, klagt Schmidinger im SN-Interview.

Wie er darauf kommt? Weil die Parteichefs von SPÖ und ÖVP für die Wissenschaft (und damit für die Unis) kein eigenes Verhandlungsteam aufgestellt haben. Wissenschaft und Forschung gehören zum Bereich Bildung, den Beamtinnenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) und Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer (ÖVP) ausverhandeln.

Mehr noch stößt sich Schmidinger an den Gerüchten, die sich hartnäckig halten: dass das Wissenschaftsministerium geteilt oder einem anderen Ressort – dem Wirtschafts- oder Unterrichtsministerium – einverleibt werden könnte. Für Schmidinger wäre das ein „Angriff auf das Wesen der Universitäten und auf das, was sie als Wissenschaft verstehen“, nämlich die Grundlagenforschung und ihre Verbindung zur angewandten Forschung. Nur die Grundlagenforschung ist im Wis-



Die Universitäten unterstehen derzeit dem Wissenschaftsministerium. Das könnte eingespart werden.

Bild: SN/APA



Bild: SN/KOLARIK

Ich fürchte um die Autonomie.

H. Schmidinger,
Chef der Uni-Rektoren

senschaftsministerium angesiedelt. Die angewandte Forschung, die auf der Grundlagenforschung basiert, ressortiert zum Wirtschafts- und Infrastrukturministerium. Sie wird meist von Unternehmen betrieben.

Am meisten unter einer solchen Zusammenlegung leiden würden wohl die Kunst- und Geisteswissenschaften, glaubt Schmidinger. „Ich fürchte aber um noch etwas ganz Wesentliches, das alle Universitäten betrifft: ihre Autono-

mie. Wenn sie bloß Zusatzagenden sind, wird das dazu führen, dass sich ein solches Superministerium mitunter Ziele setzt, die an denen der Unis vorbeigehen.“

An der Sinnhaftigkeit, (zwei) Ministerposten zu streichen, zweifelt Schmidinger ohnehin. Schon länger wird aufseiten der SPÖ die Zusammenlegung von Sozial- und Gesundheitsministerium kolportiert. Die ÖVP würde Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz gern ein Zukunftsministerium geben. Daher bleiben nicht viele Optionen, den schwarzen Sparstift anzusetzen, am ehesten beim Wissenschaftsministerium und Minister Karlheinz Töchterle.

Ganz persönlich hält Schmidinger den einstigen Rektor der Uni Innsbruck für den Fähigsten für das Amt. Er findet, dass ein Wissenschaftsminister „eine Universität von innen kennen, ein abge-

schlossenes Hochschulstudium haben und jemand sein muss, der ausgewiesene Kompetenzen dafür hat, mit Unis umzugehen“.

Bleibt die Frage, was der neue Wissenschaftsminister inhaltlich regeln soll. Ein absolutes Muss sei die finanzielle Sicherstellung der neuen Leistungsvereinbarungen 2015 bis 2017, „wesentliche Investitionen in die Grundlagenforschung“, der Ausbau der Studienplatzfinanzierung und die Stärkung der Uni-Infrastruktur. Am liebsten wäre Schmidinger freilich, „dass die kommende Regierung unseren Forderungskatalog, erfüllt“. Soll heißen, die Unis wollen künftig autonom über Studiengebühren und Studienplatzbeschränkungen entscheiden.

Und was wünscht sich der Rektor für seine Uni, die Uni Salzburg? „Das Gleiche wie für alle Unis“ – also auch mehr Geld.

OHNE PROTOKOLL

Die „Trotteln“ vom Boulevard

Rudolf Edlinger ist noch immer ein Freund deutlicher Worte. Im Monatsmagazin „Datum“ spricht der ehemalige SPÖ-Finanzminister über seine Erfahrungen mit Journalisten: „Es ist schon richtig, dass in der Politik auch nicht alle für einen Nobelpreis infrage kommen“, sagt er in dem Interview. „Aber so viele Deppen wie in den Medien gibt es in der Politik nicht.“

Gemünzt ist diese Aussage offenbar auf den Boulevard. Ja, es sei richtig, dass sich fast alle ehemaligen Politiker über die Boulevardmedien beklagen, obwohl sie genau diese Medien durch Inserate finanzierten, sagt Edlinger. „Das ist die Realität. Ich habe auch manche Leute extrem freundlich behandelt, die ich für abgrundtiefe Trotteln halte. Es ist mir nichts anderes übrig geblieben.“

Zur Illustration von Edlingers Aussagen passt folgende Statistik der APA: Im letzten Wahlkampfmonat schalteten die Parteien in den drei großen Wiener Boulevardblättern 385 Seiten an Inseraten, in den Qualitätsblättern nur etwa ein Zehntel davon.

15 Anzeigen wegen Kosten des Wahlkampfs

WIEN (SN). Rund um die Nationalratswahl haben einander die Parteien mit Vorwürfen eingedeckt. Nun muss geklärt werden, wer tatsächlich gegen die Vorschriften zur Wahlkampffinanzierung verstoßen hat. Der unabhängige Parteien-Transparenz-Senat tagt heute, Donnerstag, erstmals. Ihm liegen zumindest 15 Anzeigen vor. Prominentester Fall ist die von den Grünen aufgezeigte Finanzierung der Faymann-Plakatkampagne durch den SPÖ-Parlamentsklub. Parteispenden von Parlaments- und Landtagsklubs sind nämlich seit Mitte 2012 verboten.

„Für Wichtiges muss man auf die Barrikaden steigen“

Der scheidende Caritas-Präsident Franz Küberl hat nicht vor, in die Politik zu wechseln. – Warum Armut in Österreich „eine Schande“ ist

MARTIN BEHR

Franz Küberl zieht sich nach 18 Jahren als österreichischer Caritas-Präsident zurück. Als sein Nachfolger ist der Wiener Caritas-Direktor Michael Landau im Gespräch. Sein Amt als steirischer Caritas-Direktor wird Küberl ebenso behalten wie den Sitz im ORF-Stiftungsrat. Was er sich von der neuen Bundesregierung wünscht, verrät Küberl den SN.

SN: Andere steigen mit 80 Jahren in die Politik ein, warum steigen Sie mit 60 aus der sozialen Hilfsorganisation der katholischen Kirche aus?

Küberl: Ich habe meinen Entschluss ein Jahr reifen lassen und meine Kollegen wussten davon. Ich bin ja schon eine Art Fossil und ich glaube, dass es an der Zeit für neue Kräfte ist. Man soll generell dann aufhören, wenn man noch in voller Kraft ist und nicht, wenn einem schon die Zunge heraushängt. Dann ist es zu spät. Außerdem bleibe ich ja in der Steiermark der Caritas erhalten.



„Eine unvollkommene Welt“: Franz Küberl.

Bild: SN/APA/ROLAND SCHLAGER

SN: Scheiden Sie mit einem lachenden oder einem weinenden Auge, weil manche Dinge unerledigt geblieben sind?

Küberl: Natürlich weiß ich, dass wir in einer unvollkommenen

Welt leben und dass eine gelöste Frage zwei neue ungelöste Fragen mit sich bringt. Aber es hat sich doch einiges in Österreich zum Positiven verändert. Stichwort Mindestsicherung. Oder im Bereich der Behindertenbetreuung und in der Pflege: Da ist viel weitergegangen. Oder Integration: Zwei Minister der Regierung Viktor Klima haben mir einst gesagt, ich soll das Wort Integration ja nicht verwenden, weil Österreich kein Zuwanderungsland sei.

SN: Was haben Sie als Caritas-Präsident nicht erreicht?

Küberl: Leid tut mir, dass es immer wieder Situationen gab, in denen ich Menschen nicht helfen konnte. Das hat mich am härtesten getroffen. Im Ausland, wo Projekte dringend nötig gewesen wären, es uns aber an Geld gefehlt hat. Und Armut in Österreich ist eine Schande. Man hält sich einfach ein paar Prozent Arme. Das ist, sehr vorsichtig formuliert, einfach nicht erwachsen.

SN: Was würden Sie sich diesbe-

züglich von der kommenden Bundesregierung wünschen?

Küberl: Bei der Armut geht es immer um ein magisches Viereck: Arbeit, bezahlbares Wohnen, Bildung und Gesundheit. In der Bildung hat sich seit 120 Jahren in Österreich nicht viel geändert. Hier muss man endlich ansetzen. Und auch beim sozialen Wohnbau ist dringend eine Offensive notwendig. Leider gibt es auch eine Zunahme der Erwerbslosigkeit, hier muss man sehr aufpassen, denn sie leitet direkt zur Armut über.

SN: In vielen Statements zu Ihrem Rückzug wird betont, wie streitbar Sie sind. Ist dies eine Eigenschaft, die in Österreich unterentwickelt ist?

Küberl: Absolut. Es fehlt in vielen Bereichen an einer offenen Konfliktkultur. In Wahrheit bin ja auch ich ein sehr harmoniesüchtiger Mensch, aber ich glaube, für wirklich wichtige Dinge muss man auf die Barrikaden steigen. Sonst wären ja auch meine Reden hohl gewesen. Eines noch zur Streitbarkeit: Ich würde nie Menschen, nie

Persönlichkeiten kritisieren, sondern immer nur die Handlungen von Persönlichkeiten.

SN: Würden Sie bei einem Notar bestätigen lassen, dass Sie niemals in die Politik gehen?

Küberl: Dafür brauche ich keinen Notar. Ich bin und bleibe ein Caritas-Mensch. Ich wurde ja schon mehrmals gefragt, ob ich nicht umsatteln möchte. Das habe ich zwar als Kompliment empfunden, aber ich bin zu sehr mit der Kirche verwurzelt. Ich könnte dann ja nicht mehr für alle da sein.

SN: Das könnten Sie etwa als Bundespräsident ...

Küberl: Da gibt es viel Befähigte. Da braucht man einen Franz Küberl sicher nicht.

SN: Sie hatten 2003 in Bayern einen schweren Unfall, einen Sturz. Wie sehr hat Sie das verändert?

Küberl: Ich war damals heilfroh, überlebt zu haben. Vielleicht bin seither ich unbedingter geworden. Ich weiß jetzt, dass man für alles nicht ewig Zeit hat.